



## Antrag

### der Fraktion der PIRATEN

## Vermeidung von Plastikmüll in Schleswig-Holstein

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bittet die Landesregierung, sich des Problems der zunehmenden Belastung der Meere durch Plastikmüll schleunigst anzunehmen. Neben einer langfristigen Strategie, die in Abstimmung mit Initiativen des Bundes und der EU zu entwickeln ist, wird die Landesregierung gebeten, kurzfristige Sofortmaßnahmen für Schleswig-Holstein einzuleiten. Dazu gehören:

1. Förderung und Unterstützung der Aufklärung und Umweltbildung sowie den damit befassten Initiativen, Verbände und Bildungseinrichtungen,
2. Auslobung und finanzielle Förderung einer Modellregion, in der neue Lösungsansätze entwickelt und auf ihre Praxistauglichkeit hin überprüft werden,
3. Förderung der Einrichtung eines Internetportals, über das sich Verbraucher über Möglichkeiten der Plastikmüllvermeidung im Alltag informieren und Ideen austauschen können,
4. Einrichtung einer Online-Datenbank – ggf. mit Unterstützung für eine Smartphone-Anwendung („App“) – zur Vereinfachung der im Zuge des Spülsaum-Monitorings notwendigen Datenübermittlung,
5. Aufnahme von Gesprächen mit dem Handel hinsichtlich einer freiwilligen Selbstverpflichtung zum Verzicht auf Plastiktüten sowie Initiierung eines Umweltpartner-Programms für den Handel,

6. Auslobung eines Ideen-Wettbewerbs für die optimale Tragetasche, den „cleveren“ Coffee to go-Becher sowie die optimale Trinkflasche für unterwegs,
7. Prüfung der rechtlichen Möglichkeit, auf Landesebene eine generelle Gebühr auf Plastiktüten in Höhe von 50 Cent zu erheben,
8. Prüfung der Fördermöglichkeiten durch Mittel aus dem Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) sowie des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Rahmen der Förderperiode 2014 bis 2020, sowie durch eine Anhebung des Förderzinses um 0,1 Prozent,
9. Intensive Gespräche mit allen Anrainern der Nord- und Ostsee zur schnellen Vereinheitlichung der Hafentiege- und Hafentüllgebühren zu führen.

### Begründung

Die Belastung der Meere durch Kunststoffe hat ein bedenkliches Ausmaß angenommen. Seevögel halten Plastikteile für Nahrung und verschlucken diese. An Mikroplastikpartikeln lagern sich persistente organische Schadstoffe an, die über den Speisefisch in die Nahrungskette des Menschen gelangen. Der Plastikmüll am Meeresgrund behindert den Sauerstoffaustausch.

1. Aufgrund der weiten Verbreitung und in Ermangelung von Alternativen lassen sich Kunststoffe nicht generell abschaffen. Der Gebrauch kann allerdings auf ein notwendiges Maß reduziert werden. Dazu bedarf es in erster Linie eines bewussten Umgangs mit Plastik. Die Bewusstseinsbildung und das Wissen um mögliche Alternativen erfolgt durch freiwillige Initiativen. Deren Arbeit, sowie die Erstellung von Informations- und Lehrmaterialien für den Unterricht, sollte vom Land unterstützt werden.
2. Auf der Insel Föhr liegen bereits erste praktische Erfahrungen hinsichtlich der Plastikmüllvermeidung vor. Es werden Lösungsansätze erarbeitet und auf ihre Praxistauglichkeit hin überprüft. Durch eine Förderung solcher „Modellregionen“ können Projekte realisiert werden, die im Falle eines Erfolges auch auf andere Regionen übertragen werden können.
3. Der Wissensaustausch erfolgt inzwischen vornehmlich über das Internet. Ein Informationsportal, in dem Lösungen, Ideen und Alternativen zusammengetragen und diskutiert werden können, bringt den Wissens- und Erfahrungsaustausch voran.
4. Eine über eine Onlinemaske zugängliche Datenbank würde es den aktiven Naturschutzgruppen ermöglicht, die bei ihren Müllsammelaktionen dokumentierten Funde direkt in das Spülsaum-Monitoring einzupflegen. Derzeit werden Daten häufig handschriftlich auf Papierformularen erfasst, was die Datenübertragung unter Umständen deutlich verzögert. Durch eine Smartphone-Anwendung („App“) könnte die digitale Datenerfassung bereits vor Ort vorgenommen werden.

5. Der freiwillige Verzicht auf Plastiktüten wird viele Händler nur überzeugen, wenn sich daraus ein Mehrwert erzielen lässt. Durch die Auszeichnung „Umweltpartner Schleswig-Holstein“ erfahren Kunden vom Engagement des Händlers, der sich darüber auch von seinen Mitbewerbern abgrenzen kann. Innovationen des Handels können durch Abstufungen wie „Bronze-, Silber-, Goldpartner“ zusätzlich belohnt werden. Über ein Mitglieder-Netzwerk werden neue, innovative Ideen untereinander ausgetauscht.
6. Durch einen Ideen- und Entwickler-Wettbewerb um die „ideale“ Tragetasche, die „perfekte“ Trinkflasche für unterwegs oder den cleversten „Coffee-Becher to go“ werden Kreative und Unternehmen dazu angeregt, neue Lösungen zu entwickeln. Die Einbettung in eine öffentliche Umweltkampagne sorgt für mediale Aufmerksamkeit und erhöht das Interesse, sich daran zu beteiligen.
7. Die Erfahrungen in vielen Ländern der EU haben gezeigt, dass eine Gebühr auf Plastiktüten den Verbrauch signifikant reduziert. Die EU befürwortet daher die Einführung einer generellen Gebühr auf Plastiktüten.
8. Mittel für die Förderung einer Modellregion können ggf. aus den europäischen Fonds EMFF oder EFRE eingeworben werden. Die Landesregierung wird gebeten, diese Möglichkeit zu prüfen. Mittel für die Auslobung eines Ideenwettbewerbs sowie des Programms „Umweltpartner Schleswig-Holstein“ werden aus Einnahmen des Förderzinses finanziert, der dazu um 0,1 Prozentpunkte angehoben wird.
9. In vielen Häfen an der Nord- und Ostsee sind die Müllgebühren in die Hafentiegegebühr integriert. Somit entfällt der Anreiz, Müll illegal auf offener See zu entsorgen. In einigen Häfen muss für die Müllentsorgung allerdings eine extra Gebühr entrichtet werden. Die Landesregierung ist deshalb aufgefordert, gemeinsam mit der Nordseekommission (NSC) und im Rahmen der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) auf eine baldige Harmonisierung hinzuwirken.

Angelika Beer  
und Fraktion